

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1997

Ausgegeben am 31. Oktober 1997

Teil III

187. Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Joint Vienna Institute über den Amtssitz des Joint Vienna Institute samt Anhang
(NR: GP XX RV 711 AB 855 S. 84. BR: AB 5541 S. 630.)

187.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages samt Anhang wird genehmigt.

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und dem Joint Vienna Institute über den Amtssitz des Joint Vienna Institute

Inhaltsverzeichnis

Präambel	
Artikel 1	Begriffsbestimmungen
Artikel 2	Rechtspersönlichkeit
Artikel 3	Amtssitz
Artikel 4	Unverletzlichkeit des Amtssitzes
Artikel 5	Befreiung von Gerichtsbarkeit und anderen Maßnahmen
Artikel 6	Unverletzlichkeit der Archive
Artikel 7	Schutz des Amtssitzbereiches
Artikel 8	Öffentliche Leistungen im Amtssitzbereich
Artikel 9	Nachrichtenverkehr
Artikel 10	Befreiung von Steuern und Zollgebühren
Artikel 11	Finanzeinrichtungen
Artikel 12	Sozialversicherung
Artikel 13	Durchfahrt und Aufenthalt
Artikel 14	Angestellte des Instituts
Artikel 15	Mitglieder des Verwaltungsrats und ihre Stellvertreter, Mitglieder des Beratungsausschusses und der Direktor des Instituts
Artikel 16	Amtliche Besucher
Artikel 17	Notifikation von Anstellungen, Identitätsausweise
Artikel 18	Österreichische Staatsangehörige und Personen mit ständigem Wohnsitz in der Republik Österreich
Artikel 19	Zweck der Privilegien und Immunitäten
Artikel 20	Streitbeilegung
Artikel 21	Inkrafttreten
Artikel 22	Meistbegünstigung
Artikel 23	Dauer des Abkommens
Annex I	Zugang zum Arbeitsmarkt

Präambel

Unter Bezugnahme auf das Übereinkommen zwischen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, dem Internationalen Währungsfonds und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über die Errichtung des Joint Vienna Institute als eine internationale Organisation;

mit der Feststellung, daß sich gemäß Artikel IV dieses Übereinkommens der Amtssitz des Instituts in Wien, Österreich, befindet;

im Bestreben, den Status sowie die Privilegien und Immunitäten des Instituts in der Republik Österreich festzulegen und dem Institut die Wahrnehmung seiner Aufgaben und Funktionen zu ermöglichen;

in Anbetracht der Unterstützung für den Aufbau und Betrieb des Instituts durch die Republik Österreich;

sind die Republik Österreich und das Joint Vienna Institute wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen

- a) bezeichnet das „Übereinkommen über die Errichtung des Instituts“ das am 19. August 1994 in Kraft getretene Übereinkommen über die Errichtung des Joint Vienna Institute sowie alle Zusatzbestimmungen;
- b) bezeichnet der Begriff „zuständige österreichische Behörden“ die Bundes-, Landes-, Gemeinde- und sonstigen Behörden der Republik Österreich, die je nach dem Zusammenhang und gemäß den in der Republik Österreich geltenden Gesetzen und Übungen zuständig sind;
- c) bezeichnet der Begriff „das Institut“ das Joint Vienna Institute;
- d) bezeichnet der Begriff „Angestellte des Instituts“ alle Mitarbeiter des Instituts sowie alle im Dienste einer der Vertragsparteien stehenden und von dieser an das Institut entsandten Personen, mit Ausnahme des an Ort und Stelle aufgenommenen und nach Stundenlohn bezahlten Personals;
- e) bezeichnet der Begriff „amtliche Tätigkeiten“ alle Tätigkeiten, die für die Durchführung der im Übereinkommen über die Errichtung des Instituts angeführten Aufgaben erforderlich sind, und
- f) bezeichnet der Begriff „amtliche Besucher“ die vom Institut eingeladenen Vertreter der assoziierten Mitglieder und Gastexperten, einschließlich Gastvortragende.

Artikel 2

Rechtspersönlichkeit

Die Republik Österreich anerkennt die durch das Übereinkommen über die Errichtung des Instituts geschaffene internationale Rechtspersönlichkeit des Instituts sowie seine Rechtsfähigkeit in Österreich, insbesondere seine Fähigkeit:

- a) Verträge abzuschließen;
- b) unbewegliche und bewegliche Vermögenswerte zu erwerben und zu veräußern;
- c) Gerichtsverfahren anzustrengen oder zu erwidern; und
- d) andere Handlungen zu setzen, die für seine Zwecke und Aufgaben notwendig oder nützlich sind.

Artikel 3

Amtssitz

Der Amtssitz des Instituts wird in Wien errichtet. Die Republik Österreich stellt dem Institut geeignete und angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung.

Artikel 4

Unverletzlichkeit des Amtssitzes

(1) Der Amtssitz des Instituts ist unverletzlich. Kein Beamter oder Vertreter der Republik Österreich noch sonst irgendeine in der Republik Österreich Hoheitsrechte ausübende Person darf, außer mit der Zustimmung des Direktors des Instituts und unter Einhaltung der von ihm festgelegten Bedingungen, den Amtssitz betreten und dort Amtshandlungen setzen.

(2) Wenn nichts anderes in diesem Abkommen vereinbart wurde, sowie vorbehaltlich der Befugnis des Instituts, Verordnungen zu erlassen, gelten im Amtssitzbereich die Gesetze der Republik Österreich.

(3) Von österreichischen Behörden ausgestellte Rechtstitel dürfen am Amtssitz zugestellt werden.

Artikel 5

Befreiung von Gerichtsbarkeit und anderen Maßnahmen

(1) Das Institut ist mit Ausnahme der folgenden Fälle von Gerichtsbarkeit und Vollzugshandlungen befreit:

- a) wenn das Institut in einem bestimmten Fall ausdrücklich auf eine solche Befreiung verzichtet hat;
- b) wenn gegen das Institut durch Dritte eine zivilrechtliche Klage auf Schadenersatz nach einem Verkehrsunfall mit einem im Besitz des Instituts befindlichen oder in seinem Auftrag betriebenen Kraftfahrzeug oder auf Grund einer anderen Übertretung von Bestimmungen über den Besitz, Betrieb oder Einsatz von Kraftfahrzeugen eingebracht wird;
- c) wenn es auf Grund einer richterlichen Entscheidung zu einer Pfändung der vom Institut an einen Angestellten zu zahlenden Gehälter, Bezüge oder Entschädigungen kommt und das Institut den österreichischen Behörden nicht innerhalb von 14 Tagen nach Kenntnisnahme von der betreffenden Entscheidung mitteilt, daß es auf seine Immunität nicht verzichtet.

(2) Unbeschadet der Bestimmungen in Abs. 1 und 3 gelten das Eigentum und die Vermögenswerte des Instituts unabhängig von ihrem Standort als von allen Formen der Requisition, Beschlagnahme, Enteignung oder Zwangsverwaltung befreit.

(3) Das Eigentum und die Vermögenswerte des Instituts sind ebenfalls von jeder Form der administrativen oder vorübergehenden gerichtlichen Vollzugsmaßnahme befreit.

Artikel 6

Unverletzlichkeit der Archive

Die Archive des Instituts sind unverletzlich.

Artikel 7

Schutz des Amtssitzbereiches

Die Republik Österreich trifft entsprechende Vorsorge, um die Ruhe des Amtssitzes zu gewährleisten und ihn vor gewaltsamem Eindringen oder vor Schadenszufügung zu schützen.

Artikel 8

Öffentliche Leistungen im Amtssitzbereich

Die Republik Österreich trifft entsprechende Maßnahmen, um die Versorgung des Amtssitzes mit den notwendigen öffentlichen Leistungen zu angemessenen Bedingungen zu gewährleisten.

Artikel 9

Nachrichtenverkehr

(1) Die Republik Österreich trägt dafür Sorge, daß das Institut in der Lage ist, Mitteilungen in Verbindung mit seinen amtlichen Tätigkeiten ohne Zensur oder andere Eingriffe zu versenden und zu empfangen.

(2) Das Institut genießt in der Republik Österreich im Hinblick auf alle seine amtlichen Mitteilungen und auf die Übermittlung aller seiner Schriftstücke Bedingungen, die nicht weniger vorteilhaft sind als die günstigsten Bedingungen, die die Republik Österreich anderen internationalen Organisationen hinsichtlich der Gewährung von Vorzugsbehandlungen, Tarifen und Sondergebühren für Postsendungen, telegraphische Mitteilungen, Funktelegramme, Faxnachrichten, Telefongespräche oder andere Kommunikationsformen gewährt.

Artikel 10

Befreiung von Steuern und Zollgebühren

(1) Das Institut und sein Eigentum sind von allen Formen der Besteuerung befreit.

(2) Indirekte Steuern, die in den Preisen der an das Institut gelieferten Güter oder Dienstleistungen, einschließlich Leasing- oder Mietkosten, enthalten sind, werden dem Institut insoweit zurückerstattet, als dies nach österreichischem Recht für ausländische diplomatische Vertretungen vorgesehen ist.

(3) Alle Rechtsgeschäfte, an denen das Institut beteiligt ist, und alle in Verbindung mit solchen Rechtsgeschäften stehenden Schriftstücke sind von Steuern sowie Beurkundungs- und Gerichtsgebühren befreit.

(4) Güter, einschließlich Kraftfahrzeuge und ihrer Ersatzteile, welche das Institut ein- oder ausführt und für seine amtlichen Zwecke benötigt, sind von Zollgebühren und sonstigen Abgaben, soweit diese nicht bloß Gebühren für öffentliche Leistungen sind, sowie von allen wirtschaftlichen Verboten und Beschränkungen der Ein- oder Ausfuhr ausgenommen. Die Republik Österreich stellt dem Institut für jedes Fahrzeug ein Diplomatenkennzeichen zur Verfügung, das dieses Fahrzeug als amtliches Fahrzeug einer internationalen Organisation ausweist.

(5) Güter, die gemäß Abs. 4 eingeführt wurden, können vom Institut innerhalb von zwei Jahren nach ihrer Einfuhr oder Anschaffung nicht an Dritte in der Republik Österreich weitergegeben oder übertragen werden.

(6) Das Institut ist von der Verpflichtung zur Entrichtung des Dienstgeberbeitrages zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen oder an eine Einrichtung mit gleichartigen Funktionen befreit.

Artikel 11

Finanzeinrichtungen

Die Republik Österreich trägt dafür Sorge, daß das Institut in der Lage ist:

- a) Währungsguthaben und Wertpapiere über gesetzlich zulässige Kanäle zu erwerben und zu erhalten sowie solche zu besitzen oder zu veräußern,
- b) Bankkonten in jeder beliebigen Währung zu eröffnen und zu unterhalten und
- c) seine Einlagen, Wertpapiere und Währungsguthaben nach, aus oder in die Republik Österreich zu transferieren.

Artikel 12

Sozialversicherung

(1) Das Institut ist von allen Pflichtbeiträgen an die Sozialversicherungseinrichtungen der Republik Österreich befreit.

(2) Die Angestellten des Instituts sind von den österreichischen Sozialversicherungsgesetzen ausgenommen, sofern sie durch ein Sozialversicherungssystem des Instituts oder einer der Parteien des Übereinkommens über die Errichtung des Instituts geschützt sind.

Artikel 13

Durchfahrt und Aufenthalt

(1) Die Republik Österreich trifft Vorsorge dafür, daß den unten angeführten Personen die Einreise nach und der Aufenthalt in der Republik Österreich ermöglicht wird, daß sie die Republik Österreich ohne Probleme verlassen und unbehindert vom oder zum Amtssitz reisen können und daß bei diesen Reisen der notwendige Schutz gewährleistet wird:

- a) die Mitglieder des Verwaltungsrates und ihre Stellvertreter,
- b) der Direktor und die im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen,
- c) die Vertreter von Staaten oder Organisationen, die vom Institut eingeladen werden,
- d) die Mitglieder des Beratungsausschusses des Instituts,
- e) die Angestellten des Instituts und die im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen,
- f) die amtlichen Besucher, und
- g) die Teilnehmer an den vom Institut angebotenen Kursen und Seminaren sowie die im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen für die Dauer dieser Kurse und Seminare und die damit verbundenen Reisen.

(2) Die für die in Abs. 1 genannten Personen erforderlichen Sichtvermerke werden kostenlos und so rasch wie möglich bewilligt.

(3) Keine von einer in Abs. 1 genannten Person in amtlicher Funktion im Rahmen des Instituts verrichtete Tätigkeit darf als Grund dafür verwendet werden, dieser Person die Einreise nach bzw. Ausreise aus der Republik Österreich zu verweigern.

(4) Die Republik Österreich hat das Recht, einen ausreichenden Nachweis dafür zu verlangen, daß Personen, die eines der in diesem Artikel genannten Rechte in Anspruch nehmen wollen, einer in Abs. 1 beschriebenen Kategorie angehören, und zu verlangen, daß den Quarantäne- und Gesundheitsvorschriften in angemessener Form entsprochen wird.

Artikel 14**Angestellte des Instituts**

(1) Die Angestellten des Instituts genießen in und gegenüber der Republik Österreich folgende Privilegien und Immunitäten:

- a) Befreiung von jeglicher Gerichtsbarkeit in bezug auf die in Ausübung ihrer amtlichen Funktionen gemachten mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und gesetzten Handlungen, wobei diese Befreiung auch dann weiterbesteht, wenn die betreffenden Personen nicht mehr Angestellte des Instituts sind;
- b) Schutz vor Beschlagnahme ihres privaten und ihres Dienstgepäcks und Schutz vor Durchsuchung des Dienstgepäcks und, falls der/die Angestellte unter Artikel 15 fällt, auch des privaten Gepäcks;
- c) Unverletzlichkeit aller amtlichen Schriftstücke, Daten und sonstigen Materialien;
- d) Befreiung von der Besteuerung von Gehältern, Bezügen einschließlich Zulagen, Entlohnungen, Entschädigungen und Ruhegenüssen, die sie vom Institut für ihre Dienste erhalten; diese Ausnahme gilt auch für alle Unterstützungen an die Familien der Angestellten;
- e) Befreiung von allen Formen der Besteuerung der Einkünfte, die sie oder ihre im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen aus Quellen außerhalb der Republik Österreich beziehen;
- f) Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer (außer für inländische Liegenschaften), sofern eine Verpflichtung zur Bezahlung solcher Steuern allein aus dem Umstand entsteht, daß die Angestellten und ihre im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Republik Österreich genommen haben oder beibehalten;
- g) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und von der Ausländerregistrierung für sich selbst und für die im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, mit Ausnahme der bei Hotelnchtigungen erforderlichen Formalitäten;
- h) die Befugnis, in der Republik Österreich ausländische Wertpapiere, Guthaben in fremden Währungen, andere bewegliche sowie, unter den gleichen Bedingungen wie für österreichische Staatsbürger, auch unbewegliche Vermögenswerte zu erwerben und zu besitzen, weiters das Recht, nach Beendigung ihres Dienstverhältnisses beim Institut unbehindert ihre Zahlungsmittel in der gleichen Währung und bis zu denselben Beträgen wieder auszuführen, wie sie sie in die Republik Österreich eingeführt haben;
- i) das Recht, zum persönlichen Gebrauch frei von Zollgebühren und sonstigen Abgaben, soweit diese nicht bloß Gebühren für öffentliche Dienstleistungen sind, sowie frei von wirtschaftlichen Ein- und Ausfuhrverboten und Ein- und Ausfuhrbeschränkungen folgendes einzuführen:
 - i) ihre Einrichtungsgegenstände und persönliche Habe in einem oder mehreren getrennten Transporten und
 - ii) alle vier Jahre ein Kraftfahrzeug;
- j) den gleichen Schutz und die gleichen Repatriierungsmöglichkeiten für sich selbst und ihre im selben Haushalt lebenden Familienangehörigen, wie sie den Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter von diplomatischen Vertretungen in Zeiten internationaler Krisen eingeräumt werden;
- k) die Möglichkeit eines bevorzugten Zuganges zum Arbeitsmarkt für ihre im selben Haushalt lebenden Ehepartner und unterhaltsberechtigten Angehörigen im Einklang mit den österreichischen gesetzlichen Bestimmungen, unter der Voraussetzung, daß bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit die in diesem Abkommen angeführten Privilegien und Immunitäten auf eine solche Tätigkeit keine Anwendung finden. Dieses Privileg wird gemäß Annex I eingeräumt.

(2) Die Angestellten des Instituts sowie deren im gemeinsamen Haushalt lebende Familienmitglieder, auf die sich das Abkommen bezieht, sind von den Leistungen aus dem Ausgleichfonds für Familienbeihilfen oder einer Einrichtung mit gleichartigen Funktionen ausgeschlossen, sofern diese Personen weder österreichische Staatsbürger noch Staatenlose mit Wohnsitz in Österreich sind.

Artikel 15**Mitglieder des Verwaltungsrates und ihre Stellvertreter, Mitglieder des Beratungsausschusses und der Direktor des Instituts**

Neben den in Artikel 14 genannten Privilegien und Immunitäten genießen die Mitglieder des Verwaltungsrates und ihre Stellvertreter, die Mitglieder des Beratungsausschusses und der Direktor des Instituts sowie höherrangige Mitarbeiter in Vertretung des Direktors während dessen Abwesenheit,

sofern sie nicht österreichische Staatsbürger sind oder ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Österreich haben, die gleichen Privilegien und Immunitäten, Befreiungen und Möglichkeiten, wie sie auch den Leitern bzw. Mitgliedern vergleichbaren Ranges von diplomatischen Vertretungen eingeräumt werden.

Artikel 16

Amtliche Besucher

- (1) Amtliche Besucher genießen die folgenden Privilegien und Immunitäten:
- a) Befreiung von jeglicher Gerichtsbarkeit hinsichtlich aller von ihnen in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit gemachten mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und gesetzten Handlungen, wobei diese Befreiung auch dann weiterbesteht, wenn die betreffenden Personen nicht mehr amtliche Besucher des Instituts sind,
 - b) Unverletzlichkeit aller amtlichen Schriftstücke, Daten und sonstiger Materialien,
 - c) Schutz vor Beschlagnahme ihres privaten und ihres Dienstgepäcks,
 - d) der gleiche Schutz und die gleichen Repatriierungsmöglichkeiten für sich selbst und ihre im selben Haushalt lebenden Familienangehörigen, wie sie Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter von diplomatischen Vertretungsbehörden in Zeiten internationaler Krisen eingeräumt werden, und
 - e) die für die Überweisung ihrer Bezüge und Spesen erforderlichen Umtauschmöglichkeiten.

(2) In den Fällen, in denen der Anfall einer Steuer vom Aufenthalt abhängt, werden Zeiträume, während deren sich die in Abs. 1 genannten Personen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Republik Österreich aufhalten, nicht als Aufenthaltszeiträume angesehen. Diese Personen sind insbesondere von der Steuerzahlung für ihre vom Institut bezahlten Bezüge und Spesen während eines derartigen Dienstzeitraumes sowie von allen Fremdenverkehrsabgaben befreit.

Artikel 17

Notifikation von Anstellungen, Identitätsausweise

(1) Das Institut übermittelt den zuständigen österreichischen Behörden eine Liste der Angestellten des Instituts und revidiert diese nach Bedarf von Zeit zu Zeit.

(2) Die Republik Österreich stellt den Angestellten des Instituts und ihren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, die keine österreichischen Staatsbürger sind oder ihren ständigen Wohnsitz nicht in der Republik Österreich haben, einen Identitätsausweis, der mit dem Lichtbild des Inhabers versehen ist, zur Verfügung. Dieser Ausweis dient zur Legitimierung des Inhabers gegenüber den zuständigen österreichischen Behörden.

(3) Das Institut kann allen Angestellten des Instituts und ihren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, die österreichische Staatsbürger sind oder ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Österreich haben, einen Identitätsausweis, der mit dem Lichtbild des Inhabers versehen ist, zur Verfügung stellen.

Artikel 18

Österreichische Staatsangehörige und Personen mit ständigem Wohnsitz in der Republik Österreich

Österreichische Staatsangehörige und Personen, die zum Zeitpunkt ihres Dienstantritts ihren ständigen Wohnsitz in Österreich haben, genießen nur die in Artikel 12, Artikel 14 Abs. 1 lit. a), b), c) und d) und Artikel 16 Abs. 1 lit. a), b) und c) angeführten Privilegien und Immunitäten, österreichische Staatsangehörige, die gemäß dem österreichischen Steuerrecht nicht als Ansässige gelten, auch diejenigen gemäß Artikel 16 Abs. 2.

Artikel 19

Zweck der Privilegien und Immunitäten

(1) Die in diesem Abkommen gewährten Privilegien und Immunitäten dienen nicht dazu, den Angestellten oder amtlichen Besuchern des Instituts persönliche Vorteile zu verschaffen. Sie werden lediglich gewährt, um damit dem Institut zu allen Zeiten die ungestörte Ausübung seiner amtlichen Tätigkeiten zu ermöglichen und um sicherzustellen, daß die Personen, denen sie eingeräumt werden, vollkommen unabhängig sind.

(2) Das Institut verpflichtet sich, auf die Immunität zu verzichten, wenn es der Auffassung ist, daß diese Immunität den normalen Gang der Rechtspflege behindern würde und daß ein solcher Verzicht die Interessen des Instituts nicht beeinträchtigt.

Artikel 20 **Streitbeilegung**

Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen der Republik Österreich und dem Institut über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder über irgendeine andere Frage hinsichtlich des Amtssitzes oder des Verhältnisses zwischen dem Institut und der Republik Österreich, welche nicht im Verhandlungswege oder nach einem anderen, einvernehmlich festgelegten Verfahren beigelegt werden, sind zur endgültigen Entscheidung einem aus drei Schiedsrichtern zusammengesetzten Schiedsgericht zu unterbreiten; von diesen ist einer vom Institut, einer vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich und ein dritter, der als Vorsitzender des Schiedsgerichtes fungieren soll, von den beiden ersten Schiedsrichtern auszuwählen. Können die beiden ersten Schiedsrichter innerhalb von sechs (6) Monaten nach ihrer Ernennung keine Einigung hinsichtlich des dritten Schiedsrichters erzielen, so wird dieser auf Ersuchen der Republik Österreich oder des Instituts vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ausgewählt.

Artikel 21 **Inkrafttreten**

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald das Institut und die Republik Österreich einander vom Abschluß der Verfahren in Kenntnis gesetzt haben, die erforderlich sind, damit das Abkommen für beide Parteien bindende Wirkung erlangt.

Artikel 22 **Meistbegünstigung**

Sofern und insoweit die Regierung mit einer zwischenstaatlichen Organisation ein Abkommen trifft, das Bestimmungen oder Bedingungen enthält, die für die betreffende Organisation günstiger sind als die entsprechenden Bestimmungen oder Bedingungen dieses Abkommens, dann dehnt die Regierung mittels eines Zusatzabkommens diese günstigeren Bestimmungen oder Bedingungen auch auf das Institut aus.

Artikel 23 **Dauer des Abkommens**

(1) Das Abkommen wird ab 19. August 1994 angewendet.

(2) Das Abkommen tritt bei Beendigung des Übereinkommens über die Errichtung des Instituts außer Kraft.

(3) Vorbehaltlich der Bestimmung von Abs. 2 kann das Abkommen bis zum fünften Jahrestag des Inkrafttretens des Übereinkommens über die Errichtung des Instituts nur nach schriftlicher Vereinbarung zwischen dem Institut und der Republik Österreich beendet werden. Danach kann dieses Abkommen von jeder der beiden Parteien unter Einhaltung einer sechsmonatigen schriftlichen Kündigungsfrist beendet werden.

Geschehen in Wien am 6. März 1997 in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen Gültigkeit besitzen.

Für die Republik Österreich:
Dr. Hans Dietmar Schweisgut
Botschafter
Sektionsleiter
Bundesministerium für Finanzen

Für das Joint Vienna Institute:
Mr. Vinod Thomas
Vorsitzender
Joint Vienna Institute

Zugang zum Arbeitsmarkt

1. Die Ehegatten der Angestellten des Instituts und deren Kinder bis zu einem Alter von 21 Jahren haben unter der Voraussetzung, daß sie mit dem Ziel der Familienzusammenführung nach Österreich kamen und mit dem Hauptberechtigten des gemäß Artikel 17 ausgestellten Identitätsausweises einen gemeinsamen Haushalt bilden, bevorzugten Zugang zum Arbeitsmarkt. In Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt ist die Definition „Angestellte des Instituts“ gemäß Artikel 1 lit. d) lediglich auf Grund der sich von zwischenstaatlichen Organisationen mit Sitz in Österreich unterscheidenden spezifischen Struktur des Joint Vienna Institute anzuwenden. Diese Familienmitglieder werden in Folge als Begünstigte bezeichnet.
2. Die nach Punkt 1 Begünstigten erhalten auf Antrag vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß sie dem nach dem Abkommen bevorzugt zu behandelnden Personenkreis angehören. Die Ausstellung der Bescheinigung ist an kein konkretes Arbeitsplatzangebot gebunden. Die Bescheinigung gilt für das gesamte österreichische Bundesgebiet und verliert ihre Gültigkeit, wenn der Identitätsausweis seine Gültigkeit verliert.
3. Einem Arbeitgeber, der den Inhaber einer Bescheinigung zu beschäftigen beabsichtigt, wird auf Antrag eine Beschäftigungsbewilligung erteilt, sofern die Beschäftigung nicht in einem Arbeitsmarktsektor oder in einer Region aufgenommen werden soll, wo laut Arbeitsmarktservice gravierende Arbeitsmarktprobleme bestehen. Die Beschäftigungsbewilligung wird auch nach Überschreitung der gesetzlich festgelegten Bundeshöchstzahl für die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften erteilt werden.
4. Die Ausstellung der Beschäftigungsbewilligung erfolgt durch die regionale Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice, in deren Sprengel der in Aussicht genommene Beschäftigungsort liegt, bei wechselndem Beschäftigungsort von der regionalen Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice, in dem der Arbeitgeber seinen Betriebssitz hat.
5. Kinder, die vor Vollendung des 21. Lebensjahres zum Zweck der Familienzusammenführung nach Österreich eingereist sind und erst nach Vollendung des 21. Lebensjahres eine Beschäftigung aufnehmen wollen, gelten dann als Begünstigte, wenn ihnen vor Vollendung des 21. Lebensjahres bis zur tatsächlichen Aufnahme der Beschäftigung vom Hauptberechtigten des Identitätsausweises Unterhalt gewährt wurde. Alle anderen abhängigen Verwandten unterliegen den gewöhnlichen Regelungen betreffend die Zulassung zur unselbständigen Beschäftigung von Ausländern in Österreich.
6. Soweit eine selbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt werden soll, finden die obigen Regelungen über die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung keine Anwendung. In diesem Fall haben die Begünstigten für die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit die gesetzlich erforderlichen Befähigungen und Voraussetzungen zu erbringen.

AGREEMENT

between the Republic of Austria and the Joint Vienna Institute regarding the headquarters of the Joint Vienna Institute

Table of Contents

Preamble	
Article 1	Definitions
Article 2	Legal Personality
Article 3	Headquarters
Article 4	Inviolability of Headquarters
Article 5	Immunity from Jurisdiction and Other Actions
Article 6	Inviolability of Archives
Article 7	Protections of the Headquarters Premises
Article 8	Public Services in the Headquarters Premises
Article 9	Communications
Article 10	Freedom from Taxation and Customs Duties
Article 11	Financial Facilities
Article 12	Social Security
Article 13	Transit and Residence
Article 14	Staff of the Institute

- Article 15 Members of the Executive Board and their Alternates, Members of the Advisory Committee, and the Director of the Institute
Article 16 Official Visitors
Article 17 Notification of Appointments, Identity Cards
Article 18 Austrian Nationals and Permanent Residents of the Republic of Austria
Article 19 Purpose of Privileges and Immunities
Article 20 Settlement of Disputes
Article 21 Entry into Force
Article 22 Most-Favored Organization
Article 23 Duration
Annex I Access to the Labor Market

Preamble

The Republic of Austria and the Joint Vienna Institute,

HAVING REGARD to the Agreement entered into by the Bank for International Settlements, the European Bank for Reconstruction and Development, the International Bank for Reconstruction and Development, the International Monetary Fund and the Organisation for Economic Co-operation and Development establishing the Joint Vienna Institute as an international organization;

NOTING that Article IV of that Agreement provides that the headquarters of the Institute shall be located in Vienna, Austria;

DESIRING to define the status, privileges and immunities of the Institute in the Republic of Austria and to enable the Institute to fulfill its purposes and functions;

CONSIDERING the assistance provided by the Republic of Austria for the establishment and operation of the Institute;

HAVE AGREED as follows:

Article 1

Definitions

For the purpose of this Agreement:

- (a) "Agreement Establishing the Institute" means the Agreement for the Establishment of the Joint Vienna Institute that entered into force on August 19, 1994, and any amendments thereto;
- (b) "Appropriate Austrian Authorities" means such federal, state, municipal or other authorities in the Republic of Austria as may be appropriate in the context, and in accordance with the laws and customs applicable in the Republic of Austria;
- (c) "the Institute" means the Joint Vienna Institute;
- (d) "staff of the Institute" means all employees of the Institute and those employed by a Party to the Agreement and seconded to work at the Institute, but does not include those employees who are locally recruited and assigned to hourly rates;
- (e) "official activities" means any activities necessary for carrying out the purpose of the Institute as set forth in the Agreement Establishing the Institute; and
- (f) "Official Visitors" means representatives of Associate Members and visiting experts, including visiting lecturers, invited by the Institute.

Article 2

Legal personality

The Republic of Austria recognizes the international juridical personality of the Institute, deriving from the Agreement Establishing the Institute, and its legal capacity within Austria, in particular, its capacity:

- (a) to contract;
- (b) to acquire and dispose of immovable and movable property;
- (c) to institute and respond to legal proceedings; and
- (d) to take such other action as may be necessary or useful for its purpose and activities.

Article 3

Headquarters

The headquarters of the Institute are established in Vienna. The Republic of Austria shall provide suitable and adequate premises.

Article 4

Inviolability of headquarters

(1) The headquarters of the Institute shall be inviolable. No officer or official of the Republic of Austria, or other person exercising any public authority within the Republic of Austria, shall enter the headquarters to perform any duties except with the consent of, and under conditions approved by, the Director of the Institute.

(2) Except as otherwise provided in this Agreement and subject to the power of the Institute to make regulations, the laws of the Republic of Austria shall apply within the seat of the headquarters.

(3) Instruments issued by Austrian authorities may be served at the headquarters premises.

Article 5

Immunity from jurisdiction and other actions

(1) The Institute shall have immunity from jurisdiction and enforcement, except:

- (a) to the extent that the Institute shall have expressly waived such immunity in a particular case;
- (b) in the case of civil action brought by a third party for damage resulting from an accident caused by a motor vehicle belonging to, or operated on behalf of, the Institute, or in respect of any infringement of regulations governing the keeping, operation and use of motor vehicles;
- (c) in the case of attachment, pursuant to a decision by the judicial authorities, of the salary, emoluments or indemnities owed by the Institute to an employee, unless the Institute informs the Austrian authorities within 14 days of the date on which it is notified of said decision that it does not waive its immunity.

(2) Without prejudice to paragraphs (1) and (3), the property and assets of the Institute, wherever situated, shall be immune from any form of requisition, confiscation, expropriation and sequestration.

(3) The property and assets of the Institute shall also be immune from any form of administrative or provisional judicial restraint.

Article 6

Inviolability of archives

The archives of the Institute shall be inviolable.

Article 7

Protection of the headquarters premises

The Republic of Austria shall take all appropriate measures to ensure the tranquillity of the headquarters and to protect them from forcible entry and damage.

Article 8

Public services in the headquarters premises

The Republic of Austria shall take all appropriate measures to ensure that the headquarters are supplied with the necessary public services on equitable terms.

Article 9

Communications

(1) The Republic of Austria shall ensure that the Institute is able to send and receive communications in connection with its Official Activities without censorship or other interference.

(2) The Institute shall enjoy in the Republic of Austria, for its official communications and the transfer of all its documents, treatment not less advantageous to the Institute than the most favorable treatment accorded by the Republic of Austria to any international organization, in the matter of priorities, rates and surcharges on mail, cables, radiograms, telefax, telephone and other forms of communication.

Article 10

Freedom from taxation and customs duties

- (1) The Institute and its property shall be exempt from all forms of taxation.
- (2) Indirect taxes included in the price of goods or services supplied to the Institute, including leasing and rental charges, shall be refunded to the Institute insofar as Austrian law makes provision to that effect for foreign diplomatic missions.
- (3) All transactions to which the Institute is a party and all documents recording such transactions shall be exempt from all taxes, recording charges and court fees.
- (4) Goods, including motor vehicles and spare parts thereof, imported or exported by the Institute, required for its official activities, shall be exempt from customs duties and other charges provided these are not simply charges for public utility services, and from economic prohibitions and restrictions on imports and exports. The Republic of Austria shall issue for each vehicle a diplomatic license plate by which it can be identified as an official vehicle of an international organization.
- (5) Goods imported in accordance with paragraph (4) shall not be ceded or transferred by the Institute to third parties in the Republic of Austria within two years of their importation or acquisition.
- (6) The Institute shall be exempt from the obligation to pay employer's contributions to the Family Burden Equalization Fund or an instrument with equivalent objectives.

Article 11

Financial facilities

The Republic of Austria shall take all measures to ensure that the Institute may:

- (a) purchase and receive through authorized channels, hold and dispose of any currencies or securities;
- (b) open and operate bank accounts in any currency; and
- (c) transfer its funds, securities and currencies to, from or within the Republic of Austria.

Article 12

Social security

- (1) The Institute shall be exempt from all compulsory contributions to any social security scheme in the Republic of Austria.
- (2) The staff of the Institute shall be exempt from the application of Austrian social security laws provided they belong to the social security scheme of the Institute or of a Party to the Agreement Establishing the Institute.

Article 13

Transit and residence

- (1) The Republic of Austria shall take all necessary measures to facilitate the entry into, and sojourn in, the Republic of Austria of the persons listed below, shall allow them to leave the Republic of Austria without interference and shall ensure that they can travel unimpeded to or from the headquarters, affording them any necessary protection when so traveling:
 - (a) members of the Executive Board and their alternates;
 - (b) the Director and members of his family forming part of his household;
 - (c) representatives of States or organizations invited by the Institute;
 - (d) members of the Institute's Advisory Committee;
 - (e) the staff of the Institute and members of their families forming part of their household;
 - (f) official visitors; and
 - (g) participants in the courses and seminars offered by the Institute and members of their families forming part of their household, for the duration of, and travel in connection with, such courses and seminars.
- (2) Visas which may be required by persons referred to in paragraph (1) shall be granted free of charge and as promptly as possible.
- (3) No activity performed by any person referred to in paragraph (1) in his official capacity with respect to the Institute shall constitute a reason for preventing his entry into, or his departure from, the Republic of Austria.

(4) The Republic of Austria shall be entitled to require reasonable evidence to establish that persons claiming the rights granted by this article fall within the categories described in paragraph (1), and to require compliance in a reasonable manner with quarantine and health regulations.

Article 14

Staff of the Institute

(1) The staff of the Institute shall enjoy, within and with respect to the Republic of Austria, the following privileges and immunities:

- (a) immunity from jurisdiction in respect of words spoken or written and all acts performed by them in their official capacity; this immunity shall continue to apply even after the persons concerned have ceased to be staff of the Institute;
- (b) immunity from seizure of their personal and official baggage and immunity from inspection of official baggage, and, if the person comes within the scope of Article 15, immunity from inspection of personal baggage;
- (c) inviolability of all official documents, data and other material;
- (d) exemption from taxation in respect of the salaries, emoluments including allowances, remunerations, indemnities and pensions paid to them by the Institute in connection with their service with it. This exemption shall extend also to assistance given to the families of staff of the Institute;
- (e) exemption from any form of taxation on income derived by them and by members of their families forming part of their household from sources outside the Republic of Austria;
- (f) exemption from inheritance and gift taxes, except with respect to immovable property located in the Republic of Austria, insofar as such arise solely from the fact that the staff of the Institute or members of their families forming part of their household reside or maintain their usual domicile in the Republic of Austria;
- (g) exemption from immigration restrictions and from registration formalities for themselves and members of their families forming part of their household, except for registration formalities related to hotel accommodation;
- (h) freedom to acquire or maintain within the Republic of Austria foreign securities, foreign currency accounts, other movable property and, under the same conditions as Austrian nationals, immovable property, and upon termination of their employment with the Institute, the right to transfer out of the Republic of Austria, without interference, their funds in the same currency and up to the same amounts as they had brought into the Republic of Austria;
- (i) the right to import for personal use, free of duty and other charges, provided these are not simply charges for public utility services, and exempt from economic import prohibitions and restrictions on imports and exports:
 - (i) their furniture and effects in one or more separate consignments; and
 - (ii) one motor vehicle every four years.
- (j) the same protection and repatriation facilities with respect to themselves and members of their families forming part of their household as are accorded in time of international crises to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic missions accredited to the Republic of Austria;
- (k) the opportunity for their spouses and dependent relatives living in the same household to have access to the labor market in accordance with the Austrian law on a preferential basis, provided that, insofar as they engage in gainful occupation, privileges and immunities under this Agreement shall not apply with regard to such occupation. This privilege shall be granted according to Annex I.

(2) The staff of the Institute, and the members of their families living in the same household, to whom this Agreement applies, shall not be entitled to payments out of the Family Burden Equalization Fund or an instrument with equivalent objectives, unless such persons are Austrian nationals or stateless persons resident in Austria.

Article 15

Members of the Executive Board and their alternates, members of the Advisory Committee, and the Director of the Institute

In addition to the privileges and immunities specified in Article 14, members of the Executive Board and their alternates, members of the Advisory Committee, and the Director of the Institute and any senior member of the staff of the Institute acting on behalf of the Director during his absence from duty, shall, provided they are not Austrian nationals or are not permanent residents of the Republic of Austria, be

accorded the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded to heads of diplomatic missions or members of such missions having comparable rank.

Article 16

Official visitors

(1) Official Visitors shall enjoy the following privileges and immunities:

- (a) immunity from jurisdiction in respect of all words spoken or written, and all acts performed by them in the exercise of their duties. Official Visitors shall continue to enjoy this immunity even after they have ceased to be Official Visitors;
- (b) inviolability of all their official documents, data and other material;
- (c) immunity from seizure of their personal and official baggage;
- (d) the same protection and repatriation facilities with respect to themselves and members of their families forming part of their household as are accorded in time of international crises to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic missions accredited to the Republic of Austria; and
- (e) the exchange facilities necessary for the transfer of their emoluments and expenses.

(2) Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the persons referred to in paragraph (1) may be present in the Republic of Austria for the discharge of their duties shall not be considered as periods of residence. In particular, such persons shall be exempt from taxation on their emoluments and expenses paid by the Institute during such periods of duty and from all tourist taxes.

Article 17

Notification of appointments, identity cards

(1) The Institute shall communicate to the Appropriate Austrian Authorities a list of the staff of the Institute and shall revise such list from time to time as may be necessary.

(2) The Republic of Austria shall issue to the staff of the Institute and members of their families forming part of their household, provided they are not Austrian nationals or persons who are permanent residents of the Republic of Austria, an identity card bearing the photograph of the holder. This card shall serve to identify the holder vis-à-vis the Appropriate Austrian Authorities.

(3) The Institute may issue to the Staff of the Institute and members of their families forming part of their household, who are Austrian nationals and persons who are permanent residents of the Republic of Austria, an identity card bearing the photograph of the holder.

Article 18

Austrian nationals and permanent residents of the Republic of Austria

Austrian nationals and persons who, at the time of taking up their duties, are permanent residents of the Republic of Austria, shall enjoy only the privileges and immunities specified in Article 12, Article 14 (1) (a), (b), (c), and (d), and Article 16 (1) (a), (b), and (c), and, for Austrian nationals who are not considered residents under the Austrian tax law, Article 16 (2).

Article 19

Purpose of privileges and immunities

(1) The privileges and immunities provided for in this Agreement are not designed to give to staff or Official Visitors of the Institute personal advantage. They are granted solely to ensure that the Institute is able to perform its Official Activities unimpeded at all times and that the persons to whom they are accorded have complete independence.

(2) The Institute shall waive immunity where it considers that such immunity would impede the normal course of justice and that it can be waived without prejudicing the interests of the Institute.

Article 20

Settlement of disputes

Any dispute between the Republic of Austria and the Institute concerning the interpretation or application of this Agreement or any question affecting the Headquarters or relations between the Institute and the Republic of Austria, which is not settled by negotiation or other agreed mode of settlement, shall be referred for final decision to a tribunal of three arbitrators; one to be chosen by the Institute, one to be chosen by the Federal Ministry for Foreign Affairs of the Republic of Austria, and the

third, who shall be chairman of the tribunal, to be chosen by the first two arbitrators. Should the first two arbitrators fail to agree upon the third within six (6) months of their appointment, he shall be chosen by the President of the International Court of Justice at the request of the Republic of Austria or the Institute.

Article 21

Entry into force

This Agreement shall enter into force upon the Institute and the Republic of Austria having notified each other of the completion of the procedures required, for each of them, to be bound by it.

Article 22

Most-favored organization

If and to the extent that the Government shall enter into any agreement with any intergovernmental organization having its seat in Austria containing terms or conditions more favorable to that organization than similar terms or conditions of this Agreement, the Government shall extend such more favorable terms or conditions to the Institute, by means of a supplemental agreement.

Article 23

Duration

(1) This Agreement shall become effective as of 19 August 1994.

(2) This Agreement shall cease to be in force upon the termination of the Agreement Establishing the Institute.

(3) Subject to paragraph (2) above, up until the fifth anniversary of the date upon which the Agreement Establishing the Institute entered into force, this Agreement may be terminated only by written agreement between the Institute and the Republic of Austria. Thereafter, this Agreement may be terminated upon the expiration of six (6) months following written notice of termination from either party to the other.

Done in Vienna, on 6 March, 1997, in the German and English languages, each text being equally authentic.

For the Republic of Austria:

Dr. Hans Dietmar Schweisgut

Ambassador

Director General

Federal Ministry for Finance

For the Joint Vienna Institute:

Mr. Vinod Thomas

Chairman

Joint Vienna Institute

Annex I

Access to the labor market

1. Spouses of members of the Staff of the Institute and their children under the age of 21, provided they came to Austria for the purpose of family reunion and forming part of the same household with the principal holder of the identity card issued according to Article 17, shall have preferential access to the labor market. For the purpose of access to the labor market, the definition "Staff of the Institute" contained in Article 1 (d) is applicable only because of the specific structure of the Joint Vienna Institute as opposed to intergovernmental organizations based in Austria. The above mentioned family members are hereinafter called beneficiaries.

2. Upon application, the above mentioned beneficiaries will be issued, by the Federal Ministry for Foreign Affairs, a certificate confirming their preferential status under this Agreement. The issuing of such certificate shall not be conditional on a specific offer of employment. It shall be valid for the entire Austrian territory and its validity shall expire upon expiration of the identity card.

3. The prospective employer of the beneficiary will be granted an employment permit ("Beschäftigungsbewilligung") upon application, provided that the employment is not sought in a sector

of the labor market or a region with grave employment problems, as determined by the Austrian Public Employment Service (“Arbeitsmarktservice”). The employment permit will be granted even if the legally fixed maximum number for employment of foreign labor (“Bundeshöchstzahl”) has been exceeded.

4. The employment permit shall be issued by the regional office of the Austrian Public Employment Service (“Arbeitsmarktservice”) competent for the area in which employment is taken up; in the case of employment which is not confined to a specific location, the competence of the regional office shall be determined by the business seat of the employer.

5. Children who came to Austria before the age of 21 for the purpose of family reunion and who wish to take up employment after the completion of their 21st year of age shall be considered as beneficiaries if the principal holder of the identity card provided for their livelihood before they reached the age of 21 up to the moment in which they took up employment. For all other dependent relatives the normal regulations for access of foreigners to employment in Austria shall apply.

6. The above rules concerning employment shall not apply to self-employed activities. In such cases, the beneficiaries shall comply with the necessary legal requirements for the exercise of such business activities.

Die Mitteilungen gemäß Art. 21 des Abkommens wurden am 17. bzw. 31. Oktober 1997 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 21 mit 31. Oktober 1997 in Kraft.

Klima